






2. Für bezahlbares und barrierefreies Wohnen

Die Forderungen des SoVD NRW

Um auch für am Wohnungsmarkt benachteiligte Gruppen (einschließlich Flüchtlingen) bezahlbaren Wohnraum zu gewährleisten, ist eine offensive soziale Wohnungspolitik notwendig. Insbesondere bedarf es einer Neubelebung **öffentlicher und genossenschaftlicher Wohnungsbauträger** mit langfristiger sozialer Orientierung sowie erheblich **höherer öffentlicher Investitionen** in den Wohnungsbau. Neubauwohnungen müssen **barrierefrei** sein.

Antworten der Parteien

	<ul style="list-style-type: none"> -keine Privatisierung öffentlichen Wohneigentums und Prüfung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft -Stärkung des öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus -Preistransparenz durch verbindliche und qualifizierte Mietspiegel - Ausnahmen bei Mietpreisbremse überprüfen
	<ul style="list-style-type: none"> -Baurecht vereinfachen und Genehmigungsverfahren beschleunigen -mittelfristig Anreize für genossenschaftlichen Sozialwohnungsbau -Einbeziehung von Genossenschaften bei Erstellung von Quartierkonzepten
	<ul style="list-style-type: none"> -mehr gemeinnützige Sozialwohnungsanbieter -30% Sozialwohnungen im Wohnungsneubau - Mietpreisbremse verbessern -Neugestaltung der Wohnraumförderung für bezahlbaren Wohnraum - auch für pflegebedürftige und behinderte Menschen
	<ul style="list-style-type: none"> -Gegen regulierende Eingriffe in den Wohnungsmarkt -Bürokratieabbau bei der Wohnraumförderung -keine Quote für rollstuhlgerechte Wohnungen
	<ul style="list-style-type: none"> - teilt die Forderungen des SoVD - Ausbau der Mietpreisbremse

Fazit: Während SPD, Linke und Grüne auf verstärkte Maßnahmen der öffentlichen Hand setzen, will die FDP den freien Markt. Auch die CDU orientiert eher auf Bürokratieabbau.

1. Teilhabe für alle statt Armut für viele

Die Forderungen des SoVD NRW

Prekäre Beschäftigungsformen müssen zurückgedrängt werden. Arbeitslose Menschen müssen in der Regel von der **Arbeitslosenversicherung** abgesichert werden. Die **gesetzliche Rentenversicherung** muss wieder Lebensstandards im Alter absichern und zu einer Erwerbstätigenversicherung fortentwickelt werden. Die systemfremden Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten sind unverzüglich abzuschaffen. Die **Grundsicherung** muss sachgerecht bemessene, bedarfsdeckende Leistungen anbieten. Auch für Asylsuchende ist die menschenwürdige Existenz ab Beginn ihres Aufenthalts in Deutschland zu sichern. Im ÖPNV müssen flächendeckend **Sozialtickets** angeboten werden, die auch für Bezieher von Grundsicherung und andere Menschen mit geringen Einkommen bezahlbar sind.